

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

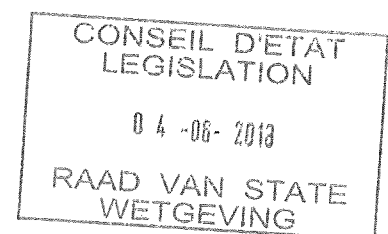
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:



**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN
VOM 29. DEZEMBER 2017 ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER
WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION
UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER ERHÖHUNG
DER GRENZBETRÄGE DER EINKÜNFTE UND DER BEFREIUNG DER EINKÜNFTE
AUS EINER ERWERBSTÄTIGKEIT AUFGRUND EINES STUDENTENVERTRAGES FÜR
STUDENTEN, DIE SICH IN EINER DUALEN AUSBILDUNG BEFINDEN ODER DIE
DURCH EINEN LEHRVERTRAG GEBUNDEN SIND**

INHALTSANGABE

Durch den vorliegenden Dekretentwurf soll das Zusammenarbeitsabkommen vom 29. Dezember 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Erhöhung der Grenzbeträge der Einkünfte und der Befreiung der Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Studentenvertrages für Studenten, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind, gebilligt werden.



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Bemerkungen zu dem Gutachten des Rates für Familienleistungen.....	5
Kommentar zu dem einzigen Artikel	5
Vorentwurf	6
Anlage	
Zusammenarbeitsabkommen vom 29. Dezember 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Erhöhung der Grenzbeträge der Einkünfte und der Befreiung der Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Studentenvertrages für Studenten, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind	7
Gutachten des Rates für Familienleistungen	8



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung

Dieses Zusammenarbeitsabkommen soll direkt die Kindergeldgesetzgebung abändern. Dies geschieht, da die durchgeführten Abänderungen als Änderungen von wesentlichen Elementen nach Art. 94 §1 bis Abs. 2 Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen anzusehen sind und deshalb mittels Zusammenarbeitsabkommen vorgenommen werden müssen.

Aufwertung der Grenzbeträge der Einkünfte

Am 1. Januar 2018 ist der neue Artikel 212 Absatz 8 des Königlichen Erlasses vom 3. Juli 1996 zur Ausführung des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung in Kraft getreten. Dieser Absatz sieht eine Aufwertung von 0,8 % des Höchstbetrags der Tagesentschädigungen im Krankenversicherungsbereich vor.

Infolge der Erhöhung der Grenzbeträge der Einkünfte werden einige Kindergeldempfänger, die einen Sozialzuschlag erhalten, diesen Zuschlag möglicherweise verlieren, da sie den Grenzbetrag überschreiten.

Um zu vermeiden, dass bestimmte Begünstigte den Sozialzuschlag verlieren, nur weil eine Sozialleistung in einem anderen Bereich erhöht wurde, werden die Grenzbeträge der Einkünfte zum Erhalt des Sozialzuschlags an die Entwicklung der Höchstbeträge der Sozialleistungen im Krankenversicherungsbereich angeglichen. Eine solche Erhöhung des Grenzbetrags wurde auch bei der letzten Erhöhung der Tagesentschädigungen im Krankenversicherungsbereich im Jahr 2015 vorgenommen.

Befreiung der Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Studentenvertrages für Studenten, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind

Seit dem 1. Juli 2017 bietet die föderale Regierung den Lehrlingen und Schülern, die sich in einer dualen Ausbildung befinden, die Möglichkeit, einen Studentenvertrag abzuschließen.

Durch die aktuelle Kindergeldgesetzgebung haben Lehrlinge und Schüler in der dualen Ausbildung nur das Recht, begrenzte Einkünfte zu erhalten. Wenn der Grenzbetrag von 541,09 Euro überschritten werden sollte, verlieren sie ihr Anspruch auf Familienleistungen für die betreffenden Monate. Es werden alle Einkünfte berücksichtigt, auch die Einkünfte aus einem Studentenvertrag.

Vorliegende Bestimmungen sollen es Lehrlingen und Schülern, die eine duale Ausbildung durchlaufen, in gewissen Fällen erlauben, mit einem Studentenvertrag zu arbeiten, ohne ihr Anrecht auf Kindergeld zu verlieren.

Dazu werden die Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Studentenvertrages für die Monate Juli, August und September nicht für das Erreichen des Grenzbetrages von 541,09 Euro berücksichtigt.

Nimmt der Lehrlingen/Auszubildende seine Lehre/Ausbildung nach den Sommerferien nicht mehr auf, gilt diese Regelung nicht. In diesem Fall werden Einkünfte aus Studen-

tenverträgen für die Monate Juli, August und September für das Erreichen des Grenzbetrages berücksichtigt.

Diese Maßnahme wird rückwirkend zum 1. Juli 2017 wirksam. Auf diese Weise tritt gleichzeitig die Maßnahme für Schüler, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind, in Kraft.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1 bis 3. Diese Artikel ändern den Verweis auf die Krankenpflegegesetzgebung, sodass die Grenzbeträge der Einkünfte zum Erhalt des Sozialzuschlags an die ab 1. Januar 2018 geltenden Höchstbeträge der Sozialleistungen im Krankenversicherungsbereich angeglichen werden.

Artikel 4. Dieser Artikel besagt, dass für Lehrlinge Einkünfte aus Studentenverträgen in den Monaten Juli, August und September nicht für das Erreichen der Grenze von 541,09 Euro berücksichtigt wird.

Artikel 5. Dieser Artikel besagt, dass für Schüler in dualer Ausbildung Einkünfte aus Studentenverträgen in den Monaten Juli, August und September nicht für das Erreichen der Grenze von 541,09 Euro berücksichtigt werden.

Artikel 6. In diesem Artikel werden die Daten des Inkrafttretens der verschiedenen Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens festgelegt.

Artikel 7. Dieser Artikel bestimmt, dass vorliegendes Zusammenarbeitsabkommen in Kraft tritt, sobald es durch alle zuständigen Teilstaaten gebilligt wurde.

Artikel 8. Obwohl der Rückgriff auf ein Zusammenarbeitsabkommen in Artikel 94 § 1bis des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vorgeschrieben wird, bewirkt dies nicht, dass die vom Zusammenarbeitsabkommen abgeänderten Ausführungstexte im Nachhinein nicht von den jeweiligen ausführenden Behörden der Gebietskörperschaften abgeändert werden können.

BEMERKUNGEN ZU DEM GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Der Rat für Familienleistungen erteilt zum Dekretvorentwurf ein positives Gutachten. Er begrüßt die Erhöhung der Grenzbeträge.

Der Rat fragt, inwiefern die Industrielehre, den Bedingungen des Königlichen Erlasses vom 6. März 1979 für den Erhalt des Kindergeldes, entspricht. In der Industrielehre wird im aktuellen Familienleistungssystem als Lehre angesehen.

Der Rat für Familienleistungen merkt auch an, dass es eine Ungleichbehandlung der Studenten und Lehrlingen gibt. Für Lehrlinge gilt eine Höchstverdienstgrenze von 541,09 EUR pro Monat, für Studenten eine Grenze von 240 Arbeitsstunden pro Quartal. Bereits vor Inkrafttreten dieses Abkommen werden Lehrlinge und Studenten unterschiedlich behandelt und die vorliegenden Änderungen folgen der angewendeten Logik. Es ist darauf hinzuweisen, dass das neue System, dass ab 2019 in Kraft tritt, diese Unterschiede aufhebt.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einzigster Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal stroke.

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 29. Dezember 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Erhöhung der Grenzbeträge der Einkünfte und der Befreiung der Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Studentenvertrages für Studenten, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind

Einzigter Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen vom 29. Dezember 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Erhöhung der Grenzbeträge der Einkünfte und der Befreiung der Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Studentenvertrages für Studenten, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind, wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line and a small flourish.

ANLAGE

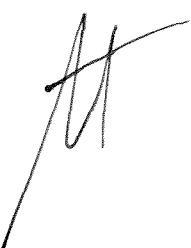
Zusammenarbeitsabkommen vom 29. Dezember 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Erhöhung der Grenzbeträge der Einkünfte und der Befreiung der Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Studentenvertrages für Studenten, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind

Als Anlage separat beigelegt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line.

GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigelegt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' or 'H' with a long horizontal stroke extending to the right.

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre de la Famille;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière de Famille est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant assentiment à l'Accord de coopération du 29 décembre 2017 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission communautaire commune et la Communauté germanophone concernant l'augmentation des plafonds de revenus et l'immunisation, pour les étudiants en alternance et en apprentissage, des revenus tirés de l'activité lucrative exercée dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant

Contenu

Cet avant-projet de décret porte assentiment à l'Accord de coopération du 29 décembre 2017 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission communautaire commune et la Communauté germanophone concernant l'augmentation des plafonds de revenus et l'immunisation, pour les étudiants en alternance et en apprentissage, des revenus tirés de l'activité lucrative exercée dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	2
Explications générales	2
Remarques à propos de l'avis émis par le Conseil pour les prestations familiales	3
Commentaire de l'article unique.....	3
Avant-projet	4
Annexe	
Accord de coopération du 29 décembre 2017 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission communautaire commune et la Communauté germanophone concernant l'augmentation des plafonds de revenus et l'immunisation, pour les étudiants en alternance et en apprentissage, des revenus tirés de l'activité lucrative exercée dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant.....	4
Avis émis par le Conseil pour les prestations familiales	4

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

1. Exposé général

Cet accord de coopération doit modifier directement la législation en matière d'allocations familiales. Les modifications sont en effet à considérer comme portant sur des éléments essentiels au sens de l'article 94, § 1^{er} *bis*, alinéa 2, de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980 et doivent dès lors être apportés par le biais d'un accord de coopération.

Revalorisation des plafonds de revenus

Le 1^{er} janvier 2018 est entré en vigueur le nouvel article 212, alinéa 8, de l'arrêté royal du 3 juillet 1996 portant exécution de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994. Cet alinéa prévoit une revalorisation de 0,8 % du montant maximal des indemnités journalières dans le secteur de l'assurance maladie.

À la suite de cette augmentation des plafonds de revenus, il se peut que certains bénéficiaires d'allocations familiales obtenant un supplément social perdent celui-ci étant donné qu'ils dépassent le plafond.

Pour éviter que certains perdent le bénéfice du supplément social pour la seule raison qu'une prestation sociale a été augmentée dans un autre secteur, les plafonds de revenus pour obtenir le supplément social ont été alignés sur l'évolution des plafonds des prestations sociales dans le secteur de l'assurance maladie. Une telle augmentation des plafonds était déjà intervenue en 2015 à l'occasion de la dernière augmentation des indemnités journalières dans le secteur de l'assurance maladie.

Immunisation, pour les étudiants en alternance et en apprentissage, des revenus tirés de l'activité lucrative exercée dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant

Depuis le 1^{er} juillet 2017, le Gouvernement fédéral offre la possibilité, aux apprentis et élèves suivant une formation en alternance, de conclure un contrat d'occupation d'étudiant.

En vertu de l'actuelle législation en matière d'allocations familiales, les apprentis et élèves suivant une formation en alternance n'ont le droit d'obtenir que des revenus limités. Lorsque le plafond de 541,09 euros est dépassé, ils perdent leur droit à des prestations familiales pour les mois concernés. Tous les revenus sont pris en considération, aussi ceux provenant d'un contrat d'occupation d'étudiant.

Les présentes dispositions doivent permettre dans certains cas aux apprentis et élèves suivant une formation en alternance de travailler dans les liens d'un contrat d'occupation d'étudiant sans perdre leur droit aux allocations familiales.

À cet effet, les revenus tirés de l'activité lucrative exercée dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant pour les mois de juillet, d'août et de septembre ne sont pas pris en compte pour vérifier si le plafond de 541,09 euros est atteint ou non.

Cette règle ne s'applique pas si l'apprenti ou l'apprenant ne reprend pas son apprentissage ou sa formation après les vacances d'été. Dans ce cas, les revenus tirés d'un contrat d'occupation d'étudiant pour les mois de juillet, août et septembre sont bien pris en compte pour vérifier si le plafond de 541,09 euros est atteint ou non.

Cette mesure entre en vigueur avec effet rétroactif au 1^{er} juillet 2017. Ainsi, la mesure entre en vigueur en même temps pour les élèves suivant une formation en alternance ou liés par un contrat d'apprentissage.

2. Commentaire des articles de l'Accord

Articles 1^{er} à 3 – Ces articles modifient le renvoi à la législation en matière d'assurance maladie de manière à ce que les plafonds de revenus pour obtenir le supplément social soient alignés sur ceux des prestations sociales dans le secteur de l'assurance maladie, applicables à partir du 1^{er} janvier 2018.

Article 4 – Selon cet article, les revenus issus de contrats d'occupation d'étudiant pour les mois de juillet, d'août et de septembre des apprentis ne seront pas pris en compte pour vérifier si le plafond de 541,09 euros est atteint ou non.

Article 5 – Selon cet article, les revenus issus de contrats d'occupation d'étudiant pour les mois de juillet, d'août et de septembre des élèves suivant une formation en alternance ne seront pas pris en compte pour vérifier si le plafond de 541,09 euros est atteint ou non.

Article 6 – Cet article fixe les dates de l'entrée en vigueur des différentes dispositions de l'accord de coopération.

Article 7 – Cet article prévoit que le présent accord de coopération sortira ses effets dès qu'il aura été approuvé par toutes les entités fédérées compétentes.

Article 8 – Bien que le recours à un accord de coopération soit prescrit par l'article 94, § 1^{er} *bis*, alinéa 2, de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980, ceci n'implique pas que les textes d'exécution modifiés par l'accord de coopération ne peuvent pas être modifiés ultérieurement par les exécutifs respectifs des entités fédérées.

REMARQUES À PROPOS DE L'AVIS ÉMIS PAR LE CONSEIL POUR LES PRESTATIONS FAMILIALES

Le conseil pour les prestations familiales donne un avis positif à propos de l'avant-projet de décret. Il salue l'augmentation des plafonds.

Le conseil demande dans quelle mesure le contrat d'apprentissage industriel répond aux conditions de l'arrêté royal du 6 mars 1979 pour l'octroi des allocations familiales. Dans le système actuel des prestations familiales, l'apprentissage industriel est considéré comme un apprentissage.

Le conseil pour les prestations familiales fait aussi remarquer qu'il y a inégalité de traitement entre les étudiants et les apprentis. En ce qui concerne les apprentis, il existe un plafond de revenus fixé à 541,09 euros par mois; pour les étudiants, il existe une limite de 240 heures de travail par trimestre. Dès avant l'entrée en vigueur du présent accord, les apprentis et étudiants sont traités différemment, et les présentes modifications suivent la même logique. Il faut signaler à ce propos que le nouveau système, qui entre en vigueur à partir de 2019, supprime ces différences.

COMMENTAIRE DE L'ARTICLE UNIQUE

Article unique

L'article unique ne nécessite pas de commentaire particulier.

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales
A. ANTONIADIS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret portant assentiment à l'Accord de coopération du 29 décembre 2017 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission communautaire commune et la Communauté germanophone concernant l'augmentation des plafonds de revenus et l'immunisation, pour les étudiants en alternance et en apprentissage, des revenus tirés de l'activité lucrative exercée dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant

Article unique - Assentiment est donné à l'Accord de coopération du 29 décembre 2017 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission communautaire commune et la Communauté germanophone concernant l'augmentation des plafonds de revenus et l'immunisation, pour les étudiants en alternance et en apprentissage, des revenus tirés de l'activité lucrative exercée dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales
A. ANTONIADIS

ANNEXE

Accord de coopération du 29 décembre 2017 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission communautaire commune et la Communauté germanophone concernant l'augmentation des plafonds de revenus et l'immunisation, pour les étudiants en alternance et en apprentissage, des revenus tirés de l'activité lucrative exercée dans le cadre d'un contrat d'occupation d'étudiant

Joint en tant qu'annexe séparée.

Avis émis par le Conseil pour les prestations familiales

Joint en tant qu'annexe séparée.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET SAMENWERKINGSAKKOORD VAN 29 DECEMBER 2017 TUSSEN DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE GEMEENSCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE EN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE DE VERHOOGING VAN DE INKOMENSGRENSBEDRAGEN EN DE VRIJSTELLING VAN DE INKOMSTEN UIT EEN WINSTGEVENDE ACTIVITEIT UITGEOEFEND IN HET KADER VAN EEN STUDENTENOVEREENKOMST VOOR STUDENTEN DIE EEN ALTERNERENDE OPLEIDING VOLGEN EN DIE DOOR EEN LEEROVEREENKOMST VERBONDEN ZIJN

INHOUD

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 29 december 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de verhoging van de inkomensgrensbedragen en de vrijstelling van de inkomsten uit een winstgevende activiteit uitgeoefend in het kader van een studentenovereenkomst voor studenten die een alternerende opleiding volgen en die door een leerovereenkomst verbonden zijn

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	2
Algemene toelichting	2
Opmerkingen bij het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen	3
Bespreking van het enige artikel	3
Voorontwerp	4

Bijlage

Samenwerkingsakkoord van 29 december 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de verhoging van de inkomensgrensbedragen en de vrijstelling van de inkomsten uit een winstgevende activiteit uitgeoefend in het kader van een

studentenovereenkomst voor studenten die een alternerende opleiding volgen en die door een leerovereenkomst verbonden zijn	4
Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen.....	4

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving

Dit samenwerkingsakkoord heeft tot doel de kinderbijslagwetgeving rechtstreeks te wijzigen. De reden daarvoor is dat het gaat om wijzigingen die beschouwd moeten worden als wijzigingen van essentiële elementen in de zin van artikel 94, § 1*bis*, tweede lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen die bijgevolg via een samenwerkingsakkoord moeten worden aangebracht.

Verhoging van de inkomensgrensbedragen

Op 1 januari 2018 is het nieuwe artikel 212, achtste lid, van het koninklijk besluit van 3 juli 1996 tot uitvoering van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, in werking getreden. Dit lid voorziet in een verhoging van het maximumbedrag van de dagvergoedingen in de sector van de ziekteverzekering met 0,8%.

Door de verhoging van de inkomensgrensbedragen zullen sommige kinderbijslagtrekkenden die een sociale toeslag ontvangen, die toeslag eventueel verliezen, omdat ze het grensbedrag overschrijden.

Om te voorkomen dat sommigen de sociale toeslag verliezen, louter omdat een sociale uitkering op een ander terrein verhoogd werd, worden de inkomensgrensbedragen voor de toekenning van de sociale toeslag aangepast aan de ontwikkeling van de maximumbedragen van de sociale uitkeringen in de sector van de ziekteverzekering. Zo een verhoging van het grensbedrag werd ook doorgevoerd in 2015 bij de laatste verhoging van de dagvergoedingen in de sector van de ziekteverzekering.

Vrijstelling van de inkomsten uit een winstgevende activiteit uitgeoefend in het kader van een studentenovereenkomst voor studenten die een alternerende opleiding volgen en die door een leerovereenkomst verbonden zijn

Sinds 1 juli 2017 biedt de federale regering leerjongeren en leerlingen die een alternerende opleiding volgen, de mogelijkheid om een studentenovereenkomst te sluiten.

Door de huidige kinderbijslagregelgeving mogen leerjongeren en leerlingen die een alternerende opleiding volgen slechts in begrensde mate inkomsten ontvangen. Als het grensbedrag van 541,09 euro overschreden wordt, verliezen ze hun recht op gezinsbijslagen voor de betrokken maanden. Alle inkomsten worden in aanmerking genomen, ook de inkomsten uit een studentenovereenkomst.

De voorliggende bepalingen hebben tot doel leerjongeren en leerlingen die een alternerende opleiding volgen, in bepaalde gevallen met een studentenovereenkomst te laten werken, zonder dat ze hun recht op kinderbijslag verliezen.

Daartoe worden de in de maanden juli, augustus en september via een studentenovereenkomst verdiende inkomsten uit een winstgevende activiteit niet in

aanmerking genomen om te bepalen of het grensbedrag van 541,09 euro al dan niet wordt bereikt.

Indien de leerjongere/op te leiden persoon zijn leertijd/opleiding na de zomervakantie niet meer hervat, geldt die regeling niet. In dat geval worden de in de maanden juli, augustus en september via een studentenovereenkomst verdiende inkomsten wel in aanmerking genomen om te bepalen of het grensbedrag al dan niet bereikt wordt.

Die maatregel werkt terug tot 1 juli 2017. Op die manier treedt de maatregel tegelijk in werking voor leerlingen die een alternerende opleiding volgen of die door een leerovereenkomst gebonden zijn.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikelen 1 tot 3. Bij die artikelen wordt de verwijzing naar de wetgeving op de ziekteverzekering zo gewijzigd dat de inkomensgrensbedragen voor het ontvangen van de sociale toeslag worden afgestemd op de maximumbedragen die vanaf 1 januari 2018 gelden voor de sociale uitkeringen in de sector van de ziekteverzekering.

Artikel 4. Dit artikel bepaalt dat, wanneer het om leerjongeren gaat, de in juli, augustus en september via een studentenovereenkomst verdiende inkomsten niet in aanmerking worden genomen om te bepalen of het grensbedrag van 541,09 euro al dan niet bereikt wordt.

Artikel 5. Dit artikel bepaalt dat, wanneer het om leerlingen gaat die een alternerende opleiding volgen, de in juli, augustus en september via een studentenovereenkomst verdiende inkomsten niet in aanmerking worden genomen om te bepalen of het grensbedrag van 541,09 euro al dan niet bereikt wordt.

Artikel 6. Dit artikel bepaalt de datum waarop de verschillende bepalingen van het samenwerkingsakkoord in werking treden.

Artikel 7. Dit artikel bepaalt dat het voorliggende samenwerkingsakkoord in werking treedt, zodra het door alle bevoegde deelentiteiten goedgekeurd werd.

Artikel 8. Hoewel artikel 94, § 1bis, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming van de instellingen voorschrijft dat een en ander via een samenwerkingsakkoord moet worden geregeld, mag dit niet tot gevolg hebben dat de door het samenwerkingsakkoord gewijzigde uitvoeringsbesluiten nadien niet meer aangepast kunnen worden door de respectieve uitvoerende machten van de deelentiteiten.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

De Raad voor Gezinsbijslagen verstrekt een positief advies over het voorontwerp van decreet. Hij vindt de verhoging van de grensbedragen een goede zaak.

De Raad vraagt in hoeverre het industrieel leerlingwezen voldoet aan de voorwaarden van het koninklijk besluit van 6 maart 1979 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat verbonden is door een leerovereenkomst. Het industrieel leerlingwezen wordt in de huidige gezinsbijslageregeling als een leertijd beschouwd.

De Raad voor Gezinsbijslagen merkt ook op dat er een ongelijke behandeling van studenten en leerjongeren bestaat. Voor leerjongeren geldt een inkomensplafond van 541,09 euro per maand, terwijl voor studenten een grens van 240 werkuren per kwartaal

bestaat. Reeds vóór de inwerkingtreding van deze samenwerkingsovereenkomst werden leerjongeren en studenten verschillend behandeld en de voorliggende wijzigingen volgen de toegepaste logica. Hierbij wordt erop gewezen dat die verschillen in het nieuwe systeem, dat in werking treedt vanaf 2019, worden opgeheven.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 29 december 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de verhoging van de inkomensgrensbedragen en de vrijstelling van de inkomsten uit een winstgevende activiteit uitgeoefend in het kader van een studentenovereenkomst voor studenten die een alternerende opleiding volgen en die door een leerovereenkomst verbonden zijn

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord van 29 december 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de verhoging van de inkomensgrensbedragen en de vrijstelling van de inkomsten uit een winstgevende activiteit uitgeoefend in het kader van een studentenovereenkomst voor studenten die een alternerende opleiding volgen en die door een leerovereenkomst verbonden zijn.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

BIJLAGE

Samenwerkingsakkoord van 29 december 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de verhoging van de inkomensgrensbedragen en de vrijstelling van de inkomsten uit een winstgevende activiteit uitgeoefend in het kader van een studentenovereenkomst voor studenten die een alternerende opleiding volgen

en die door een leerovereenkomst verbonden zijn

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Erhöhung der Grenzbeträge der Einkünfte und der Befreiung der Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Studentenvertrages für Studenten, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind.

Unter Hinweis auf Artikel 23 der Verfassung;

Unter Hinweis auf das Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 94, §1bis, eingefügt durch Artikel 44 des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014 über die Sechste Staatsreform;

Unter Hinweis auf das Gesetz vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 60sexies, eingefügt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Unter Hinweis auf das Gesetz vom 4. April 2014 zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 19. Dezember 1939 über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger (Allgemeines Familienbeihilfengesetz);

Unter Hinweis auf das Sonderdekret der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird und das Dekret der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

Unter Hinweis auf die Beratung vom 4. Juli 2017 innerhalb des Verwaltungsausschusses von FAMIFED;

haben die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie;

die Wallonische Region, vertreten durch den Ministerpräsidenten und die Ministerin für soziale Maßnahmen, Gesundheit, Chancengleichheit, den öffentlichen Dienst und die administrative Vereinfachung;

die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Familie, Gesundheit und Soziales;

die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, vertreten durch den Vorsitzenden des Vereinigten Kollegiums und die Mitglieder des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur;

Folgendes vereinbart:

Bestimmungen

Kapitel 1. Bestimmungen über die Grenzbeträge der Einkünfte

Artikel 1. In Artikel 2, Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 26. Oktober 2004 zur Ausführung der Artikel 42bis und 56, §2 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes, geändert durch die Königlichen Erlasse vom 28. September 2008 und vom 5. Februar 2014 und das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016, werden die Worte "aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 7 und 213, Absatz 1, erster Satz" durch die Worte "aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 8 und 213, Absatz 1, erster Satz" ersetzt.

Art. 2. In Artikel 41 beim zweiten Strich des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939, berichtigt durch das Gesetz vom 27. April 2007 und geändert durch die Königlichen Erlasse vom 28. September 2008 und vom 5. Februar 2014 und das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016, werden die Worte "aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 7 und 213, Absatz 1, erster Satz" durch die Worte "aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 8 und 213, Absatz 1, erster Satz" ersetzt.

Art. 3. In Artikel 42bis, §4, Absatz 2, a) desselben Gesetzes, geändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006 und geändert durch das Gesetz vom 22. Dezember 2008 und durch den Königlichen Erlass vom 5. Februar 2014 und das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016, werden die Worte „aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 7 und 213, Absatz 1, erster Satz,“ durch die Worte „aus der Anwendung der Artikel 212, Absatz 8 und 213, Absatz 1, erster Satz,“ ersetzt.

Kapitel 2. Bestimmungen über die Befreiung der Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit im Rahmen eines Vertrages für Studenten, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind.

Art. 4. In Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 6. März 1979 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kindergeld zugunsten eines Kindes, das durch einen Lehrvertrag gebunden ist, bewilligt werden, geändert durch die Königlichen Erlasse vom 7. Januar 1980, 24. Juni 1987, 15. März 1995, 11. Dezember 2001, 29. Februar 2004 und 22. Mai 2014 wird folgender Absatz zwischen Absatz 2 und 3 eingefügt:

"Bei der Anwendung von Absatz 2, 2°, werden die im Rahmen eines Studentenvertrages im Juli, August und September verdienten Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit der dazu ermächtigten Kinder gemäß Artikel 1, Nummer 2, zweiter Satz des Königlichen Erlasses vom 14. Juli 1995, wobei bestimmte Studentenkategorien aus dem Anwendungsbereich des Titels VII des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge ausgeschlossen werden, nicht berücksichtigt, es sei denn, dass das Kind nicht tatsächlich den Unterricht wieder aufnimmt."

Art. 5. Artikel 14 des Königlichen Erlasses vom 10. August 2005 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kindergeld gewährt wird für ein Kind, das Unterrichtskurse besucht oder seine Ausbildung fortsetzt, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 19. September 2008 und geändert durch den Königlichen Erlass vom 22. Mai 2014, wird durch folgenden Absatz ergänzt:

"Bei der Anwendung dieses Artikels werden die im Rahmen eines Studentenvertrages verdienten Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit der dazu ermächtigten Kinder gemäß Artikel 1, Nummer 2, zweiter und dritter Satz des Königlichen Erlasses vom 14. Juli 1995, wobei bestimmte Studentenkategorien aus dem Anwendungsbereich des Titels VII des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge ausgeschlossen werden, nicht berücksichtigt, außer im Falle der in den Artikeln 7 und 12 genannten Kinder."

Kapitel 3. Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens

Art. 6. Die Bestimmungen dieses Zusammenarbeitsabkommens werden wie folgt wirksam:

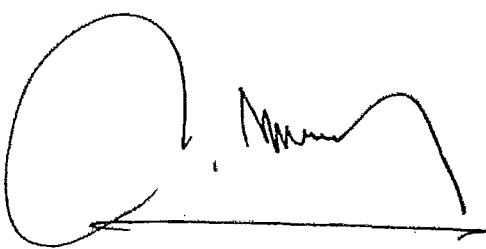
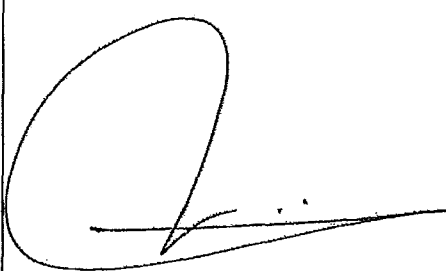
1° in Bezug auf Kapitel 1 treten die Artikel 1 bis 3 am 1. Januar 2018 in Kraft;

2° in Bezug auf Kapitel 2 werden die Artikel 4 und 5 am 1. Juli 2017 wirksam.

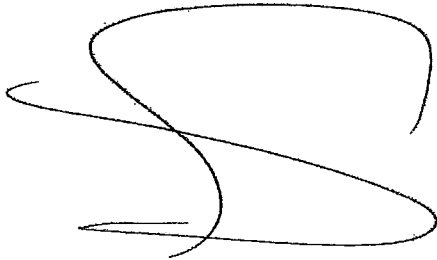
Art. 7. Dieses Zusammenarbeitsabkommen wird nach Genehmigung durch die zuständigen Gesetzgeber wirksam, ab der Veröffentlichung der letzten Genehmigung im Belgischen Staatsblatt.

Art. 8, Dieses Zusammenarbeitsabkommen führt nicht dazu, dass die Änderungen, die es an diesen Regulierungstexten vornimmt, die Art dieser Texte ändern.

Unterzeichnet im Brüssel, am **29 Dezember 2017** , in einer Originalausfertigung in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, die beim zentralen Sekretariat des Konzertierungsausschusses, verantwortlich für die beglaubigten Abschriften und die Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt, deponiert wird.

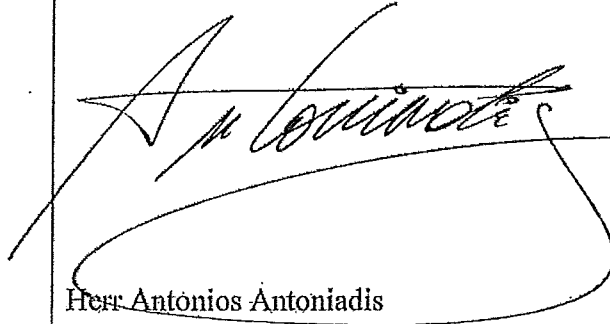
<p>Ministerpräsident der Flämischen Regierung</p>  <p>Herr Geert Bourgeois</p>	<p>Flämischer Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie</p>  <p>Herr Jo Vandeurzen</p>
<p>Ministerpräsident der Wallonischen Regierung</p>  <p>Herr Willy Borsus</p>	<p>Wallonische Ministerin für soziale Maßnahmen, Gesundheit, Chancengleichheit, den öffentlichen Dienst und die administrative Vereinfachung</p>  <p>Frau Alda Greoli</p>

Ministerpräsident der Deutschsprachigen
Gemeinschaft



Herr Oliver Paasch

Minister der Deutschsprachigen
Gemeinschaft für Familie, Gesundheit und
Soziales



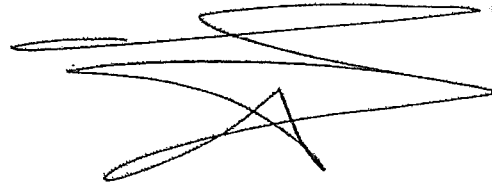
Herr Antonios Antoniadis

Vorsitzender des Vereinigten Kollegiums der
Gemeinsamen Gemeinschaftskommission



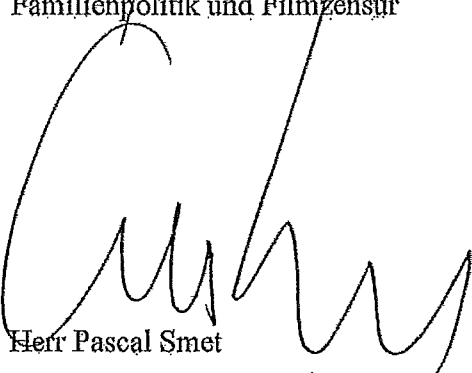
Herr Rudi Vervoort

Mitglied des Vereinigten Kollegiums,
zuständig für die Unterstützung der
Personen, Familienpolitik und Filmzensur



Frau Céline Frémault

Mitglied des Vereinigten Kollegiums,
zuständig für die Unterstützung der Personen,
Familienpolitik und Filmzensur



Herr Pascal Smet